

## **A1 #HambiBleibt - Wer Klimaschutz fordert, muss vor der eigenen Haustür beginnen**

Antragsteller\*in: Nyke Slawik, Michael Röls

Tagesordnungspunkt: 4. Bewegt euch: Umwelt retten!

1 Der Kohleausstieg wird kommen. Je früher, desto besser. Denn die Uhr tickt,  
2 schon 2030, in 12 Jahren, wird der Punkt einer gefährlich werdenden  
3 unumkehrbaren Erderwärmung erreicht sein. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen  
4 schnellstmöglichen Kohleausstieg, einen sozialverträglichen Strukturwandel und  
5 solidarisiert sich mit dem Kampf der Umwelt- und Klimaaktivist\*innen. Wir  
6 schließen uns ihren Rufen an: Hambi bleibt! Wir stehen an einem Scheideweg der  
7 deutschen und nordrhein-westfälischen Politik: Machen wir weiter nur  
8 Lippenbekenntnisse zu internationalen Klimaschutzvereinbarungen, während wir vor  
9 unserer eigenen Haustür einen Wald für den Weiterbetrieb eines der dreckigsten  
10 und umweltschädlichsten Geschäftsmodell aller Zeiten roden, oder leiten wir die  
11 Wende zu einem innovativen und alles veränderndem Klimaschutz?

12 Die GRÜNE JUGEND NRW stellt fest, dass die schwarz-gelbe Landesregierung unter  
13 Armin Laschet nicht gewillt ist, diese Frage aufrichtig zu beantworten.  
14 Stattdessen hat sie sich in der Auseinandersetzung um den Hambacher Wald in  
15 diesem Herbst zur Handlangerin des Kohlekonzerns RWE und zu einer gefährlichen  
16 Eskalationstreiberin entwickelt. Unter dem Strich bleibt eine politische  
17 Bankrotterklärung für diese Regierung: Der vermutlich größte und teuerste  
18 Polizeieinsatz NRWs, der tausende Polizist\*innen verheizt und unzählige  
19 Überstunden bei der NRW-Polizei verursacht hat. Gefolgt vom größten Anti-Kohle-  
20 Protest der deutschen Geschichte, an dem fünfzigtausend Menschen teilnahmen, um  
21 gegen die Rodung des Hambacher Waldes zu demonstrieren. Und eine herbe Blamage  
22 vor höchster gerichtlicher Instanz, als das Oberverwaltungsgericht Münster die  
23 Rodung bis auf Weiteres stoppte und damit das gesamte Vorgehen der  
24 Landesregierung ad absurdum führte und ihr Narrativ, man setze im Hambacher Wald  
25 lediglich Recht und Ordnung durch, wie ein Kartenhaus in sich zusammenfiel.

26 Der bisher angerichtete Schaden lässt sich kaum beziffern. Der finanzielle  
27 Schaden, aber auch der Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik ist  
28 enorm. Wir fordern eine Aufklärung der Geschehnisse, aber vor allem eine  
29 Kehrtwende in der Politik!

30 **Klimagerechtigkeit jetzt: Für eine radikale Wende in der Klimapolitik!**

31 Es sind schockierende Zahlen. Wir stehen im Zentrum der hausgemachten  
32 Katastrophe, denn NRW ist Brandherd der europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen: Höher als  
33 in den USA und fast doppelt so hoch wie in Gesamtdeutschland liegt der  
34 Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf in NRW (2014). Der Zusammenhang zur historisch  
35 starken Kohleindustrie ist dabei klar nachweisbar: 69 % des nordrhein-  
36 westfälischen Energiemixes speisen sich aus der Kohleverstromung (2016:  
37 Steinkohle 26 %, Braunkohle 43 %) und der Essener Braunkohlekonzern RWE rangiert  
38 auf Platz 14 der dreckigsten Energieunternehmen weltweit. Es ist vor diesem  
39 Hintergrund nicht von der Hand zu weisen, dass NRW sich seiner Verantwortung als  
40 großer Mittäter in der Klimakatastrophe eingestehen und umlenken muss.

41 Am Hambacher Wald entscheidet sich die deutsche Klimaschutzpolitik, denn das  
42 Rheinische Revier ist die größte CO<sub>2</sub>-Quelle Europas. Das Pariser  
43 Klimaschutzabkommen verpflichtet Deutschland zu stärkeren Klimaschutzmaßnahmen.  
44 Verfeuern wir die Braunkohle, die unter dem Hambacher Wald liegt, werden  
45 Deutschlands Klimaszutzziele wohl kaum einzuhalten sein. Würde die Braunkohle  
46 direkt unter dem Wald verfeuert werden, entstünde so viel CO<sub>2</sub>, dass Wald-  
47 Ausgleichsflächen 13.000 mal so groß wie der Hambacher Wald nötig würden, um die  
48 entstehenen Treibhausgase auszugleichen. Es ist zutiefst zynisch, dass RWE mit  
49 der versuchten übereilten Rodung des Hambacher Waldes Fakten schaffen wollte,  
50 obwohl auf Bundesebene die notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser  
51 Klimaschutzabkommens noch nicht umgesetzt wurden und auf Bundesebene derzeit  
52 über ein Ausstiegsdatum aus der Kohleverstromung verhandelt und ein vorzeitiger,  
53 notwendiger Ausstieg aus der Kohleverstromung die noch benötigten, aber bisher  
54 genehmigten, Abbaumengen erheblich verringern wird. So würden beispielsweise  
55 beim Kohleausstieg im Jahr 2040 nur noch 700 Millionen Tonnen Braunkohle aus den  
56 Tagebauen Hambach und Garzweiler benötigt. Das entspricht 30 Prozent der dort  
57 noch genehmigten Braunkohlemenge in Höhe von 2,3 Milliarden Tonnen. Bei einem  
58 Kohleausstieg bis 2030 wären es sogar nur noch 450 Millionen Tonnen, also 20  
59 Prozent der in Hambach und Garzweiler genehmigten Braunkohlemenge. Eine Rodung  
60 des Hambacher Waldes wäre unter diesen Voraussetzungen vermutlich nicht nur  
61 unnötig, sondern verkommt zu einem Aggressionakt der Kohlelobby.

62 Das Rheinische Revier muss zeigen, dass der Kohleausstieg möglich ist und zum  
63 Vorbild für eine innovative Klimaschutzregion werden.

64 *Wir fordern:*

- 65 • Schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, bis spätestens 2025
- 66 • Vorbereitung einer neuen Leitentscheidung der Landesregierung zu den  
67 Tagebauen
- 68 • Intensivierung der Klimafolgenanpassung

69 **Welt retten? Wald retten!**

70 Die von RWE geschaffenen und geplanten Ersatzpflanzungen sind nicht  
71 gleichwertig. Der Hambacher Wald ist ein über 12.000 Jahre gewachsenes  
72 Ökosystem. Ein paar neu gepflanzte Bäume machen noch keinen Wald, denn es dauert  
73 Jahrhunderte bis ein vergleichbares Ökosystem entsteht. Ebenfalls leben über 140  
74 gefährdete Arten im Hambacher Wald, für die RWE eine "Umsiedlung" plant. Ob sich  
75 die Tiere so einfach in einen nicht gleichwertigen Forst umsiedeln lassen, ist  
76 für etliche Arten zu bezweifeln. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese ansässigen  
77 gefährdeten Arten sterben werden, ist groß.

78 Auch im Bereich der CO<sub>2</sub>-Speicherung ist ein alter Wald wie der Hambacher Wald  
79 wesentlich besser aufgestellt, er verfügt über deutlich mehr Biomasse und kann  
80 dementsprechend viel mehr CO<sub>2</sub> speichern als neuere Ausgleichswälder. Auch das  
81 zeigt: Der Hambacher Wald ist ein schützenswertes Ökosystem, das unbedingt  
82 erhalten werden muss!

83 *Wir fordern:*

- 84 • Erhalt des Hambacher Waldes und seine Wiederaufforstung

85 **Power to the People: Solidarität mit zivilem Ungehorsam und den Besetzer\*innen**  
86 **des Waldes!**

87 Vor nicht einmal zehn Jahren kannte kaum jemand jenseits von Düren und Kerpen  
88 den Hambacher Wald. Die massiven Rodungen des einst 4100 Ha großen Waldes  
89 erfolgten über Jahrzehnte, ohne dass eine breite Öffentlichkeit davon mitbekam.  
90 Mit dem Räumungsbeginn am 13.09.2018 änderte sich dies schlagartig. Durch den  
91 größten Polizeieinsatz in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen schaut die Welt  
92 nun auf den Hambacher Wald. Es ist den hunderten Besetzer\*innen,  
93 Unterstützer\*innen und Aktivist\*innen zu verdanken, dass sich nun die deutsche  
94 Klimapolitik am Hambacher Wald entscheidet. Ohne ihren jahrelangen Einsatz für  
95 den Wald und gegen die Braunkohleverstromung wären wir heute in einer  
96 schlechteren Ausgangsposition. Ohne die Besetzung würden sich heute vermutlich  
97 nicht nahezu 80% aller Menschen in NRW für den Erhalt des Hambacher Waldes  
98 aussprechen.

99 *Wir fordern:*

- 100 • Ein Ende der Kriminalisierung von zivilem Ungehorsam und friedlichen  
101 Protestformen

102 **Der Rechtsstaat ist kein Lego-Baukasten: Landesregierung muss ihr repressives**  
103 **Rechtsverständnis überwinden!**

104 Jahrelang wurde die friedliche Besetzung im Hambacher Wald durch die  
105 Landesregierung und die örtlichen Behörden geduldet. Im Herbst 2018 musste auf  
106 einmal alles ganz schnell gehen: Aus dem Bauministerium NRW erfolgte Anfang  
107 September ein Erlass, dass die Baumhäuser im Hambacher Wald als bauliche Anlagen  
108 zu bewerten seien, für die übliche Brandschutzauflagen gelten. Damit wurde der  
109 juristische Grundstein für die folgende Räumung und den Großeinsatz der Polizei  
110 gelegt, da der Brandschutz nicht gewährleistet sei. Der Vorschub von  
111 Brandschutzauflagen, um die Räumung politisch unliebsamer Örtlichkeiten  
112 durchzusetzen, machte bei der CDU in NRW bereits in der Vergangenheit Schule: So  
113 wurde in Duisburg die Räumung sogenannter "Schrottimobilien" angeordnet, die  
114 überwiegend von Roma bewohnt wurden, aus dem gleichen Grund von der damals  
115 zuständigen Dezernentin Daniela Lesmeister, die nun im NRW-Innenministerium  
116 tätig ist. Dass die CDU Recht und Gesetze so zurechtbiegt, um Polizeieinsätze zu  
117 legitimieren, ist verurteilenswert. An erster Stelle von Politik sollte immer  
118 ein dialogorientierter Interessenausgleich stehen anstelle von repressiver  
119 Eskalation.

120 RWE und die NRW-Landesregierung waren in der Außendarstellung oftmals kaum  
121 auseinanderzuhalten. Es ist skandalös, in welchem Ausmaß die Landesregierung mit  
122 ihrem Vorgehen Amtshilfe in großem Stil für RWE geleistet hat. Während viele  
123 Bereiche des Waldes für die Öffentlichkeit, Pressevertreter\*innen u.a. von der  
124 Polizei als zu unsicher erklärt wurden, gingen die Arbeiten von Polizeikräften  
125 und RWE-Mitarbeiter\*innen Hand in Hand. RWE stellte die benötigte Infrastruktur  
126 für die Räumung und ließ darüber hinaus Bäume fällen und Schneisen in den Wald  
127 schlagen, um einen zügigen Ablauf der Räumung voranzutreiben, obwohl das Fällen  
128 von Bäumen vor Beginn der Rodungssaison eigentlich untersagt war. Der Kreis  
129 Düren und die Stadt Kerpen haben jedenfalls nicht sichergestellt, dass nur  
130 Rodungen zur Ermöglichung der Räumung stattfinden.

131 Ebenfalls ist unklar, auf welcher Rechtsgrundlage die Räumung von Hängematten,  
132 kleinen Plattformen, kletternden Aktivistis und Personen, die sich nicht in  
133 Bäumhäusern befanden, stattfanden. Räumungsaktionen gingen weit über den  
134 eigentlichen Auftrag der Räumung und Beseitigung der Baumhäuser hinaus. Hier  
135 wurde deutlich, dass die Landesregierung die Durchsetzung des Bauordnungsrechts  
136 vorgeschoben hat, um den Wald für RWEs Rodungen freizuräumen.

137 Das NRW-Innenministerium arbeitete zudem mit gezielten Falschmeldungen und Fake-  
138 News, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So wurden der Öffentlichkeit  
139 massenhaft beschlagnahmte Waffen aus dem Hambacher Wald vorgestellt, um die  
140 vermeintliche Gewalttätigkeit der Besetzung zu beweisen. Doch schnell wurde  
141 klar, dass es sich um einen Fundus von über mehrere Jahre gesammelte Waffen  
142 handelte statt um aktuelle Funde. Im NRW-Innenausschuss berichtete Innenminister  
143 Reul von pietätslosem Verhalten von Aktivist\*innen nach dem tragischen Tod eines  
144 Bloggers im Hambacher Wald. Der schäbige Versuch, die Aktivist\*innen als  
145 herzlose Unmenschen darzustellen und so den tragischen Tod für die eigene Agenda  
146 zu instrumentalisieren, scheiterte, da mehrere Journalist\*innen auch hier die

147 Falschaussage aufdeckten. Zwei krasse, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle.

148 *Wir fordern:*

- 149 • Aufklärung der juristisch zweifelhaften Vorgänge während der  
150 Räumungsaktionen

151 **Polizeieinsatz: Politik mit dem Schlagstock ist Gift für die Demokratie!**

152 Auch die Polizei selbst hatte wenig Verständnis für den Einsatz, den sie im  
153 Hambacher Wald leisten musste. So kritisierten sowohl die Gewerkschaft der  
154 Polizei (GdP), als auch der Bund der deutschen Kriminalbeamten (BdK) die  
155 Räumungsaktion. Obwohl die Entscheidung über den Eilantrag auf Rodungsstopp des  
156 BUND NRW beim OVG Münster noch ausstand, wurden tausende Beamt\*innen in den  
157 belastenden und gefährlichen Einsatz im Wald geschickt. Bei Räumungen in einer  
158 Höhe von 15 bis 25 Metern besteht Lebensgefahr, sowohl für die Aktivist\*innen,  
159 als auch die Beamt\*innen. Viele Beamt\*innen hatten zurecht das Gefühl, von der  
160 NRW-Landesregierung vor den Karren von RWE gespannt zu werden. Für diesen  
161 Einsatz mussten viele Beamt\*innen starke Einschränkungen ihres Privatlebens und  
162 viele Überstunden in Kauf nehmen. Nach dem Rodungsstopp durch das OVG Münster  
163 ist festzuhalten: Dieser Einsatz war eine einzige Farce.

164 Darüber hinaus wurde mit diesem Einsatz das Vertrauen in die Polizei und in die  
165 Politik bei vielen Menschen stark beschädigt. Das rabiante Vorgehen gegen  
166 friedliche Aktivist\*innen und die offensichtlichen Motive des Einsatzes lassen  
167 viele Menschen fassungslos zurück. Dass die Polizei in einem oftmals  
168 unverhältnismäßig harten Einsatz als Akteur für die Interessen eines Konzerns  
169 eingesetzt wird, schadet unserer Demokratie.

170 Ebenfalls fassungslos macht uns, dass die im Wald verheizte Polizei  
171 offensichtlich an anderen Stellen NRWs fehlte. Ende September marschierten in  
172 Dortmund Neo-Nazis auf, die mit antisemitischen und volksverhetzenden Parolen  
173 und der Verfeuerung von Pyrotechnik auf Häuserdächern auf sich aufmerksam  
174 machten. Dass die nur marginal anwesende Polizei sie gewähren ließ, schockierte  
175 zurecht. Der Vorfall wurde im Nachhinein von Innenminister Reul  
176 heruntergespielt, der stattdessen lieber unwahre Aussagen über die angebliche  
177 Gewalttätigkeit von Aktivist\*innen im Hambacher Wald tätigte. Wir fragen uns,  
178 warum das Innenministerium mit einem massenhaften Polizeiaufgebot gegen  
179 friedliche Umweltschützer\*innen vorgeht, aber bei radikalen Neo-Nazis die Augen  
180 verschließt.

181 Wenn Politiker\*innen derart unpopuläre Forderungen mit dem Schlagstock  
182 verteidigen, erodiert das Vertrauen in die Demokratie. Für all das muss  
183 Innenminister Reul die Verantwortung übernehmen.

184 *Wir fordern:*

- 185 • Den Rücktritt von NRW-Innenminister Herbert Reul
- 186 • Wiedereinführung der Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen in NRW

187 **Blackout Kohleausstieg? Altherren-Erzählungen überwinden, 100% Erneuerbare sind**  
188 **möglich!**

189 Das Märchen vom drohenden Blackout wird von den großen Energiekonzernen schon so  
190 lange erzählt, wie sich Menschen für die Energiewende stark machen. Festzuhalten  
191 ist: Deutschland produziert große Mengen an Strom für den Export. Mittelfristig  
192 können Netzschwankungen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden. Diese sind  
193 deutlich flexibler und Klimaverträglicher als die Braunkohleverstromung. Fest  
194 steht auch: 100% Erneuerbare sind möglich, so der breite Konsens in der  
195 Forschung. Auch die Aussage, es müssten zunächst erst viel mehr Energiespeicher  
196 erforscht und gebaut werden, um einen höheren Anteil an Erneuerbaren Energien im  
197 Energiemix gewährleisten zu können, erweist sich bei näherer Betrachtung als  
198 sachlich falsch. Der Energiewende und dem Kohleausstieg stehen keine technischen  
199 Hindernisse im Weg, sondern allein das Geschäftsinteresse von Konzernen wie RWE  
200 und deren politischen Unterstützer\*innen.

201 *Wir fordern:*

- 202 • Schluss mit der Blackout-Panikmache!
- 203 • Kohleausstieg bis zum Jahr 2025
- 204 • Schluss mit der fossilen Überproduktion für den Stromexport
- 205 • Bestehende Gaskraftwerke, die klimaschonender als Kohlekraftwerke sind,  
206 als Brückentechnologie nutzen und wieder ans Netz nehmen
- 207 • Ein europäisches Energienetz

208 **Strukturwandel ist eine Notwendigkeit. Sozialverträglichkeit aber auch!**

209 Ein gelingender Strukturwandel braucht vor allen Dingen eines: Einen klaren  
210 Plan. Deshalb ist es dringend geboten, einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle  
211 als einen Baustein zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und als  
212 Sicherung der Zukunftsperspektiven der Menschen im Rheinsichen Revier zu  
213 beschließen. Klimaschutz und soziale Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern  
214 für die GRÜNE JUGEND NRW zwei Seiten der selben Medaille im Kampf für eine

215 gerechtere Welt.

216 Die besondere demographische Struktur der Tagebaubeschäftigten führt dabei dazu,  
217 dass ein Paris-konformer Austieg nahezu ohne betriebsbedingte Kündigungen  
218 auskommt. Auch nach dem Ende des Braunkohleabbaus gibt es im Revier viel zu tun.  
219 Die Renaturierung ist eine große Herausforderung, die Arbeitsplätze bindet.  
220 Darüber hinaus müssen Investitionen des Konzerns RWE, zu denen er sich  
221 verpflichten muss, sowie öffentliche Investitionen einen raschen Strukturwandel  
222 fördern, der auch neue Beschäftigungsperspektiven schafft und auch der Industrie  
223 und dem Gewerbe in der Region, die mittel- oder unmittelbar vom bisherigen  
224 Braunkohlegeschäft abhängig waren, eine Zukunft bietet. Angepackt werden muss  
225 das Problem der Infrastruktur, die durch die Tagebaulöcher in der Region,  
226 teilweise stark zerteilt ist und ganze Ortschaften abgeschnitten hat. Ein  
227 verbesserter Anschluss an die Städte Köln, Aachen und Mönchengladbach kann für  
228 viel Ortschaften ein interessanter Impulsgeber sein, aber auch die Region für  
229 Menschen aus den Städten attraktiv machen. Darüber hinaus bietet die  
230 Digitalisierung große Chancen für die Region. Digitale Verwaltung,  
231 Modellprojekte in der Erprobung neuer Technologien: Wenn das Rheinische Revier  
232 beim Strukturwandel ausreichend innovative Impulse erhält, kann die Umgestaltung  
233 gelingen und eine attraktive Zukunftsregion entstehen. Die Politik muss jetzt  
234 mit den Menschen vor Ort in Dialog treten und mit ihnen gemeinsam den  
235 Strukturwandel auf den Weg bringen.

236 Klar für uns ist auch: RWE ist mit dem Ende der Braunkohleverstromung noch lange  
237 nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern trägt eine dauerhafte  
238 Verantwortung dafür, die Altlasten und Ewigkeitskosten, die durch den  
239 Braunkohleabbau entstanden sind, zu tragen und eine nachhaltige und  
240 zukunftsfähige Neuentwicklung des Rheinischen Reviers voranzutreiben. Dafür wird  
241 RWE Rückstellungen bereithalten müssen, um für Kosten aufzukommen. Auch dürfen  
242 bei der Neuentwicklung der Region und der Entwicklung von alten RWE-Flächen  
243 nicht die Gewinninteressen von RWE, sondern die Interessen der Region und der  
244 Allgemeinheit als Ganzes besonders berücksichtigt werden.

245 *Wir fordern:*

- 246 • Eine Beschäftigungsgarantie für die Tagebaubeschäftigten
- 247 • Strukturförderung & neue Impulse für die wirtschaftliche Neuentwicklung im  
248 Rheinischen Revier
- 249 • Den Strukturwandel mit den Menschen der Region gemeinsam gestalten
- 250 • Allgemeinheit darf nicht auf Ewigkeitskosten und Altlasten der Braunkohle  
251 sitzen bleiben, RWE muss dauerhaft haften

252 **Die Dörfer müssen Leben!**

253 Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung der Dörfer liegen, die  
254 entgegen der bisherigen Planung nicht mehr umgesiedelt werden. Alle Probleme,  
255 die der ländliche Raum in Deutschland hat, treten hier verstärkt auf. Noch  
256 weniger junge Menschen und Familien leben in den Dörfern mit Umsiedlerstatus,  
257 denn sie sind oftmals die ersten, die an einem anderen Ort neu anfangen. Die  
258 Anbindung an den ÖPNV ist in der Regel unterirdisch, das Mobilfunknetz ist  
259 schwach und in Glasfaserleitungen wurde hier nicht mehr investiert. Der  
260 zunehmende Leerstand tut sein übriges für die Atmosphäre und zieht Plünderer  
261 an. Zudem haben die Hauseigentümer\*innen oftmals Investitionen in ihre  
262 Immobilien aufgeschoben.

263 Für uns ist klar: Die Dörfer die bleiben, müssen leben! Deshalb braucht es ein  
264 Förderprogramm für die betroffenen Dörfer. Dieses darf nicht zulasten der  
265 Menschen gehen, die bereits umgesiedelt wurden. Ein Ausspielen derer, die  
266 geblieben sind gegen die, die umgesiedelt wurden, würde den sozialen Frieden im  
267 Revier weiter gefährden und verbiete sich. Den Menschen, die eine Rückkehr in  
268 ihre Heimatdörfer wünschen, sollte diese auch ermöglicht werden.

269 Wir fordern:

- 270 • Ein Rückkaufrecht für die ehemaligen Eigentümer\*innen, deren Häuser noch  
271 stehen sowie ein Rückkaufrecht für die Grundstücke dort, wo die Häuser  
272 bereits abgerissen wurden.
  
- 273 • Ein Investitionsprogramm für den ÖPNV sowie die soziale Infrastruktur,  
274 sowohl in den alten, als auch in den neuen Dörfern.
  
- 275 • Ein Förderprogramm für die Sanierung der Gebäude in den betroffenen  
276 Dörfern.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.